

## **Zusammenfassung der Diskussion im Workshop "Digitalisierung"**

**22.9.2018**

**Lino Klevesath**

### **Diskussion mit Knut Tullius (SOFI) und Lothar Hanisch (DGB Südniedersachsen)**

#### **Bildung**

Als eines der zentralen Ergebnisse wurde festgehalten, dass der Ausbau der Bemühungen im Bildungswesen zentral ist, damit Menschen auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet sind. Gute Arbeit wird noch mehr als heute ein hohes Qualifikationsniveau erfordern – deshalb müssen Kinder von Anfang an gefördert werden, damit sie möglichst erfolgreich das Bildungssystem durchlaufen. Aber auch Geflüchtete müssen gefördert werden, um auch ihnen möglichst gute Arbeit in der zunehmend digital geprägten Berufswelt zu ermöglichen. Das Recht auf Fortbildung der Arbeitnehmer muss im Zusammenhang der Digitalisierung gestärkt werden.

Wie stark der Umgang mit Digitalem (Geräten wie Umgebungen wie Soziale Netzwerke) in großem Ausmaß in die Schulpläne Eingang finden muss, wurde kontrovers diskutiert.

#### **Arbeitswelt**

Es ist unmöglich zu prognostizieren, wie genau sich die Digitalisierung auf die Arbeitswelt auswirkt: Es werden Jobs wegfallen, es werden aber auch neue Jobs geschaffen.

Es steht zu befürchten, dass gerade Jobs für die Mittelschicht wegfallen, während nicht nur Spitzenjobs bleiben, sondern auch manche einfache Tätigkeit erhalten bleiben. Aber die Digitalisierung hat etwa bei Versicherungen viele Jobs im Risikomanagement durch digitale Assistenzsysteme ersetzt.

Digitalisierung ermöglicht flexible Arbeitsformen – das bringt Licht und Schatten mit sich: Es ist einerseits begrüßenswert, wenn Arbeitnehmer\*innen selbst darüber entscheiden und etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird und Menschen mehr Freiräume gewinnen (work-life-balance). Die Kehrseite ist aber die Erwartung einer ständigen Erreichbarkeit durch Arbeitgeber\*innen – es braucht ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit!

Digitalisierung wird auch den Handel verändern – was Amazon für viele Branchen an Veränderungen gebracht hat, hält auch im Lebensmittelvertrieb Einzug. Das bedeutet auch für den Biohandel Herausforderungen.

#### **Strukturpolitik**

Die Anbindung des ländlichen Raums durch gute Handynetze und Breitbandanschluss (100 Megabit/Sekunde) muss sichergestellt werden. Oft erhält man bei Banküberweisungen oder ähnlichen Vorgängen im Netz Codes per SMS – die sind aber auf dem Land mangels Empfang oft gar nicht im Haus abrufbar. Bei guter Anbindung bestehen aber durch die Digitalisierung auch Chancen, Leben und Arbeiten im ländlichen Raum wieder attraktiver zu machen.

#### **Ausblick**

Es fehlte im Workshop noch ein Ausblick, wie digitale Innovation gefördert werden kann – wie kann Europa etwa Erfolgsgeschichten wie von den großen neuen Playern Google, Facebook etc. (bei allen Problemen, die diese mit sich bringen), auch bei uns ermöglichen?

## Zusammenfassung der Diskussion im Workshop „Europa der Zukunft“

22.09.2018

Sebastian Lakner

Es wurden drei Leitfragen diskutiert:

1. Was erwarten wir von Europa?
2. Was können wir als Bürger und als grüne Mitglieder für Europa tun?
3. Was erwarten wir von unserer Partei im Hinblick auf die Europapolitik? Welches europäische Narrativ haben wir, um eine europäische Identität zu begründen und zu kommunizieren?

### Vorstellungsrunde

Vision und Identität: Wir brauchen eine Vision für Europa. Dazu gehört auch ein emotionales Selbstverständnis. Die Frage ist daher, wie entwickeln wir eine europäische Identität?

Arbeitsmigration: Wenn man als Arbeitnehmer in unterschiedlichen europäischen Ländern lebt und arbeitet, warum ist alles so kompliziert, und warum muss man immer wieder alles beantragen. Wir können wir diese Arbeitsmigration einfacher machen?

Europa von den Rändern: Wir sollten Europa von den Rändern her denken. In Bulgarien gibt es andere Bedingungen und diese Bedingungen (z.B. Korruption) müssen wir mitdenken.

Wie können wir Europa besser in die lokale Politik übersetzen?

Europäische Sozialpolitik: Gibt es die Möglichkeit, eine europäische Rente zu organisieren?

In den vergangenen Jahrzehnten war Europa immer eine Sicherheit, gerade wenn man den Krieg erlebt hat und Frieden will. Es war immer gewiss, dass es mit Europa weitergeht. Inzwischen ist dies ungewiss und das ist eine große Verunsicherung. Vielleicht müssen wir deutlicher machen, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist.

Gerechtigkeit vor dem Gesetz überall in der EU: Häufig enden Politiken an der Grenze zum Nationalstaat. Gerade bei der Bankenregulierung bräuchten wir mehr EU-Harmonisierung.

Europa ist eine enttäuschte Liebe: Eigentlich haben wir Freizügigkeit, aber was ist daraus geworden?

Es wäre gut, wenn die Wahlen zum Europa-Parlament nicht als nationale Mid-Term-Election verstanden würden, sondern tatsächlich als Europa-Wahl.

Für die Grünen ist die Grundlage: Was sind die Errungenschaften Europas? Frieden! Warum ist das Friedensprojekt? Frieden ist nicht selbstverständlich.

Aneignungsprozess von Europa

Klein: Wie kommen wir mit der AfD ins Gespräch?

Viele Wähler haben in den letzten Jahren drei große Kränkungen erlebt:

1.) Die Finanzkrise mit der Bankenrettung 2009 ff.: Warum ist dafür Geld da, wenn für andere Sachen kein Geld da ist?

2.) Die Euro-Rettung 2012: Auch hier war ausreichend Geld da.

3.) Die Aufnahme der Flüchtlinge 2015

Jedes Mal ist für die Enttäuschten das Gefühl da, dass für eine Politik viel Geld in die Hand genommen wird, obwohl sonst „klamme Kassen“ da sind. Und die Menschen fragen sich, wo diese Politiken legitimiert wurden. Müssen wir nicht fordern, solche Politiken im Parlament besser zu legitimieren. Die AfD wurde gegründet als „Alternative für Deutschland“ als Gegenentwurf zu Merkmals „alternativlosen Politik“.

Europa ist zu häufig ein Gegeneinander von Exekutive gegen die Parlamente: => Vorschlag: Zwei-Kammern System wie Ulrike Guerot es vorgeschlagen hat.

Wie ist das Verhältnis von Regionen und Zentralmacht: Brauchen wir nicht Europäische Wahlkreise und nicht rein national zugeschnittene Wahlkreise?

Soziale Dimension: Was ist das soziale Narrativ von Europa, was ist die Lösung?

Identität vs. Souveränität: Wie kann man Leuten Europa nahebringen?

Europa als soziales Friedensprojekt: Es geht um die Schaffung von öffentlichen Gütern oder Gemeinwohl. Das bedeutet, dass wir die Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit immer wieder für alle Politikbereiche durchdeklinieren.

Wie bekommen wir es hin, dass Regionen oder Staaten weitere Teile ihrer Souveränität aufgeben, damit die EU mehr Kompetenzen bekommt.

Europäische Demokratie

Die AfD ist als Protest gegen die Euro-Rettung gegründet worden. Die AfD protestiert gegen mangelhafte Strukturen und Defizite in der EU. Frage: Welche Defizite sehen wir in Europa? Können die Grünen zu einer pro-europäischen Protestpartei werden?

Wirtschaftliche und soziale Rechte sind auch Menschenrechte

Wie können wir den unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in der EU gerecht werden. Deutschland hat im Moment ein starkes Wirtschaftswachstum, aber andere Staaten haben eher Probleme. Wie können wir diesem Problem mit einer angepassten Sozialpolitik begegnen, damit die Menschen nicht wegen Sozialleistungen kommen.

Kann die EU in der Globalisierung ein Gegengewicht sein?

Wie kriegen wir die EU näher an Menschen heran, die nicht im Ausland arbeiten oder ständig von sich aus mit anderen europäischen Staaten zu tun haben, sondern in ihrem Heimatdorf bleiben, weil sie es so wollen. Wie können wir solchen Menschen Europa vermitteln?

## **Diskussionsrunde Was erwarten wir und was können die Grünen tun?**

Sprache: Englisch sollte wichtiger in den Schulen werden, mehr Sprachkompetenz vermitteln, damit es in Europa nicht mehr so viele Sprachbarrieren gibt.

Vielleicht sollte Englisch europaweit Amtssprache werden.

Sozialversicherungssysteme: Vielleicht eine europäische Krankenversicherung und eine Harmonisierung von Sozialversicherungssystemen.

Soziale Rechte einklagbar machen: Krankenversicherung

Mehr Integration von Europa und europäischen Themen in den Unterricht.

Schüleraustausch in Europa fördern, auch für Kindergärten.

Wie fördert man den Austausch in der Berufsausbildung, z.B. in der gewerblichen Ausbildung?

Europa der zwei Geschwindigkeiten: Wie stehen wir dazu?

De facto gibt es bereits ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, weil Länder innerhalb der EU auf Feldern kooperieren können.

Suche nach dem europäischen Narrativ: Die Grundwerte der EU durchdeklinieren.

Ländliche Räume als Thema für die EU: Überall gibt es Schilder der EU, wenn Projekte von EU-Geldern gefördert wurden.

Schweiz: Es ist möglich, einen mehrsprachigen Staat aufzubauen.

Antwort dazu => Die Mehrsprachigkeit ist auch in der Schweiz nicht völlig unproblematisch und die Umsetzung ist durchaus aufwändig.

Mangelnde Legitimierung als Problem der EU.

Wer hat in der EU eine Lobby? Die Banken haben eine Lobby. Die Grünen sollten diejenigen vertreten, die in Europa keine Lobby haben.

Antwort dazu => Dies haben Sven Giegold und Jan-Philipp Albrecht bereits im EU-Parlament vorgemacht, d.h. wir würden dabei nicht von null anfangen. Wir sollten deren Leistung für den Wahlkampf herausstellen

Demokratie „neu denken“: Verbesserung der europäischen Strukturen: Wie können wir besser neue Beteiligungsformen in der EU berücksichtigen?

Wie erreicht man die Leute? => Soziale Rechte, damit Europa nicht zum Projekt einer Elite wird, sondern wir alle beteiligt sind.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind Menschenrechte.

Harmonisierung von Gesetzen im Rechtsraum, damit z.B. soziale Rechte einheitlich geregelt sind.

Steuerrecht in der EU: Wie kriegen wir Amazon gezügelt und schaffen ein Gegengewicht in der Globalisierung?

EU-Demokratie: Wie kriegen wir neue Modelle der Partizipation hin?

Friedenssicherung Afrika

Was sind die Erwartungen in Osteuropa, wie können wir Antikorruptionsbekämpfung verbessern

Entsendegesetz? Was ist der europäische Rahmen für die Arbeitswelt, wie können wir

Arbeitsbedingungen einheitlich gestalten?

## Tafelinhalte

### Europäische Identität

Europa kann mehr! Positives Narrativ, ohne die aktuell bestehenden Probleme auszuklammern

Europa näher bringen: „Erfahrbarkeit“

Bewusstsein stärken: „Europa als Gesamtes stärker als die Nationalstaaten“

Europäische Bilder: Liberté, Egalité, Fraternité für jeden Bürger

Europa von der Peripherie her denken: Beispiel Bulgarien

Europa auf lokaler Ebene: Wo wirkt Europa auf welche Weise? Wie und woran ist das sichtbar?

Weniger Nationalismen, mehr gemeinsame Politik für Europa

Europa neu deuten: Europa für alle greifbar machen durch gemeinsame Sozialsysteme und ein

Mehr an gemeinsamer Sprache

Emotionale Kompetenz: Dass es keinen Krieg in Europa gibt, ist nicht selbstverständlich

Demokratie und Verantwortung

Europa als Lebensraum aneignen

(Bemerkung: Bitte das Wording ändern, „Lebensraum aneignen“ klingt komisch...)

Gegenentwurf zum Europa als Schutz nach Außen

Europa soll mehr sein als Frontex + liberale Wirtschaftspolitik

### Forderungen an die Grünen

Die Europawahl nicht als nationale Mid-Term-Wahlen betrachten

Die Grünen als pro-europäische Protestpartei?

Bessere Info über Europaangelegenheiten über die grünen EU-Abgeordneten

Eine gute Außendarstellung grüner europapolitischer Arbeit

Erneuerung im grünen Grundsatzprogramm

Grüne als Lobby für Gruppen, die selbst keine Lobby haben

Was wollen wir an Europa ändern?

Institutionell

Funktionale Ebene (Regionen – Senatoren)

2-Kammern System einrichten (U. Guerot)

Klärung / Transparenz: Wie stehen wir zu einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Europäische Demokratie: Verbesserung der europäischen Entscheidungsstrukturen

Europa und Demokratie „neu denken“ Wie können wir besser neue Beteiligungsformen in der EU berücksichtigen?

Transnationale Wahllisten bei der Europawahl

Inhaltlich

Gestaltung von sozialem Frieden

Europäische Menschenrechte sind auch Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Werte

Gleiche Gesetze Europaweit

Sprachkompetenz stärken in Schulen und in Berufen

Englisch als EU-weite Amtssprache

Europa früher als Schulthema setzen

Ausschließlich nachhaltige Landwirtschaft durch die EU fördern

Klärung des sozialen Narrativs auf europäischer Ebene?

Europäische Sozialversicherung, konkreter europäische Krankenversicherung

Klima- und Umweltschutz stärken

Naturschutzpolitik über Europa stärken

Landwirtschaftspolitik

Steuerrecht in der EU: Wie kriegen wir Amazon gezügelt und schaffen ein Gegengewicht in der Globalisierung?

Was sind die Erwartungen in Osteuropa, wie können wir Antikorruptionsbekämpfung verbessern

Rote Karten (von Workshop-Teilnehmern ausgefüllt)

Patentrecht: National und EU einheitlich

Lizenzverpflichtung

Vereinfachung für KMU (Kleine u. mittlere Unternehmen)

Gentech – Patente

Von Europa in die Provinz denken: Mein Arbeitsplatz profitiert von der EU

Engere Kontakte zwischen Ländern (*unleserlich*)  
Mehr Geld für Erasmus + Jugendmobilität (und weniger bürokratische Hürden)  
Soziale Säule einklagbar machen in ganz Europa  
Europäisch kontrollierte Bildung  
Europäisch öffentlich-rechtliche Medien (transnationaler Journalismus)  
Europa soll solidarischer werden  
Stärkere Lobby-Kontrolle  
Ökologische Landwirtschaft

## **Zusammenfassung der Diskussion im Workshop "Wissenschaft/Landwirtschaft"**

**22.9.2018**

**Marcel Ernst und Sissi Karnehm-Wolf**

### **Diskussion mit Prof. Jens Boch (Uni Hannover)**

Im Plenum hat Prof. Jens Boch, Pflanzengenetiker von der Uni Hannover, einen Überblick über die verschiedenen klassischen und gentechnischen Züchtungsmethoden, sowie zu den politischen Hintergründen gegeben. Er weist insbesondere auf das Urteil des Europäischen Gerichtshof vom Juli 2018 hin: Nach dem Urteil des EuGH sind alle Züchtungen, bei denen der Mensch eingreift, in der EU als gentechnisch veränderte Organismen eingestuft. Danach unterliegen alle neueren Gentechnik-Verfahren (Stichtag 2001), wie etwa die aktuell diskutierte Genschere Crispr/Cas (Genome Editing), grundsätzlich Auflagen nach der Gentechnik-Richtlinie der Europäischen Union. Ältere Züchtungsmethoden dürfen auch weiter in diesem Sinne reguliert werden – wobei für die klassische Züchtung mittels radioaktiver Bestrahlung oder Chemikalien (Mutagenese) die sogenannte Mutagenese-Ausnahme gilt.

Im Workshop stellt zur Einführung Robert Hoffie vom IPK Gatersleben vor, wie er im Zuge seiner Forschungsarbeit mit der Genschere Crispr/Cas gezielt ein identifiziertes Basenpaar im Genom der Gerstpflanze ausschalten will, um die in der Natur vorkommende Resistenz bestimmter Gerstensorten gegen das Gerstenmosaikvirus künstlich zu erzeugen (nachzubauen). Das Virus wird zunehmend zum Problem im biologischen wie konventionellen Landbau, denn es wird von sehr langlebigen Bodenbakterien auf die Gerstpflanzen übertragen und führt zum Absterben von ganzen Beständen nach Nekrosen der Gerstpflanzen. Die Resistenzzüchtung sei der einzig wirksame Ansatz, da weder eine weit gestellte Fruchtfolge aufgrund der bis zu 10-jährigen Überlebensfähigkeit der befallenen Bodenbakterien noch irgendwelche biologischen oder chemischen Pflanzenschutzmaßnahmen möglich sind.

### **Diskussion**

Im Workshop zu Wissenschaft/Landwirtschaft gab es eine kontroverse und konstruktive Debatte zur Frage der grünen Haltung zu neuen gentechnischen Verfahren wie der Genschere Crispr/Cas. Ausgelöst durch den Startkonvent des grünen Bundesvorstands am 13./14. April in Berlin hatte die Vorbereitungsgruppe beschlossen angesichts der hohen Relevanz in den universitären Züchtungszentren in Göttingen sich in dieser Stadt der Diskussion mit Wissenschaftler\*innen aus diesem Forschungsgebiet zu stellen. Aufgrund der Kürze der Zeit von zwei Stunden im Workshop war klar, dass nicht mit abschließenden Ergebnissen zu rechnen sei, vielmehr sollten die offenen Fragen für den weiteren Diskussionsprozess dokumentiert und gesammelt werden. Wir konnten zumindest einen Teil der relevanten Diskussionsstränge zum Thema andiskutieren:

Es kam mehrfach der Hinweis, dass für die Fragen der Sicherheit der globalen Ernährung, insbesondere bei einer steigenden Weltbevölkerung, die Fragen von Fleischkonsum und Lebensmittelverschwendung wichtigere Herausforderungen darstellten als die Fortschritte in der Züchtungsforschung. Andere merken an, dass man die Debatten um eine notwendige Reduzierung des Fleischkonsums nicht gegen die gesellschaftliche Debatte über Herausforderungen durch neue wissenschaftliche Entwicklungen ausspielen sollte.

Es wurde die Debatte angerissen, ob es nach dem Urteil des EuGH aufgrund des wissenschaftlichen Fortschritts notwendig wird, eine Reform der EU-Gentechnik-Richtlinie anzustreben. Bereits zugelassene naturidentische Rapsorten wurden nach dem EuGH-Urteil im Juli anschließend die Zulassung wieder entzogen. Einige Wissenschaftler\*innen und Jurist\*innen weisen darauf hin, dass unter Beachtung einer evidenzbasierten Risikobewertung die Mutagenese-Ausnahme nicht mit der strengen Regulierung des Genome-Editing vereinbar sei. Die in der konventionellen Züchtung durch radioaktive Bestrahlung („atomic gardening“) und massive chemische Behandlung der Pflanzen ausgelösten spontanen Genmutationen werden nicht im Einzelnen untersucht und unterliegen keiner Einschränkung durch die gesetzlichen Regelungen. Bei der gezielten Veränderung eines einzigen Basenpaares in einem einzigen Gen wird dagegen

eine potentielle Gefahr unterstellt, obwohl sie genauso auch spontan hätte erfolgen können. Im Gegensatz zur bisher praktizierten und stark umstrittenen Gentechnik werden beim Genome Editing keine artfremden Gene in Pflanzen und Lebewesen eingeschleust.

Es wurde intensiv über das grüne Verhältnis zu Wissenschaft und ihren Erkenntnissen diskutiert und zur Frage, ob wir grundsätzlich zu technikgläubig/technikkritisch sind? Grüne sind offen gegenüber technologischen Innovationen und wissenschaftlichem Fortschritt in der Klimaforschung, bei Energie- und Antriebstechnik, Mobilität und Medizin, aber nicht bei der Pflanzenzüchtung? Es wurde die Frage nach den Interessen der beteiligten Wissenschaftler\*innen gestellt. Es gab eine Diskussion über Sicherheitsniveaus und Genehmigungsverfahren z.B. über Gewerbeaufsichtsämter in Laboratorien. Universitäten und öffentliche Forschungsinstitute wie das IPK haben derzeit nur die Zulassung für Erforschung und Anwendung von gentechnischen Verfahren wie der Genschere im Labor; Freilandversuche zur Erprobung der gezüchteten krankheitsresistenten Sorten unter Praxisbedingungen sind derzeit nicht gestattet.

Es wurde darüber diskutiert, welchen Beitrag öffentlich finanzierte Forschung leistet bzw. leisten kann und sollte. Welche am Gemeinwohl orientierten Schwerpunkte sollten hierbei gesetzt werden? Hier wurde auf den großen Bedarf an Ökosystemforschung und Forschung für den Ökolandbau hingewiesen. Der Bedarf an Ausweitung dieser Forschungsfragen war in der Runde unbestritten. Gleichwohl wachse angesichts zunehmender Unempfindlichkeit von Schaderregern von Pflanzenkrankheiten gegen ursprünglich wirksame Pflanzenschutzmittel die Sorge der Landwirtschaft. Viele fordern von der Wissenschaft neue innovative Lösungen zu finden, z.B. durch mehr krankheitsresistente Sorten. Solche Resistenzen sind in Wildsorten nachgewiesen und identifiziert. Sie könnten mit der Genschere gezielt nachgebaut werden. Traditionelle Kreuzungszüchtungen brauchen dafür Jahrzehnte und laufen ungezielt ab. Als Beispiel wurde ein massiver Befall der Papayas in Hawaii mit Ringspotviren genannt, die die Produktion zwischen 1993 und 2006 halbiert hatte. Der ganze Wirtschaftszweig drohte zusammen zu brechen. Ein lokaler Wissenschaftler hat an der örtlichen Universität eine genmodifizierte resistente Sorte entwickelt, die heute den Papayabauern auf Hawaii den Fortbestand ihrer Produktion gerettet hat. Wenn die Grundlagenforschung für Pflanzenzüchtung vor allem in öffentlichen Forschungseinrichtungen geleistet würde, hätte die Gesellschaft selbst die Möglichkeit die Forschungsschwerpunkte zu bestimmen und nicht die Agrarkonzerne. Das bedeutet z.B., es wird die Resistenzzüchtung gegen Pflanzenviren gefördert, statt die gentechnische Manipulation von Maissorten, um sie gegen bestimmte Herbizide unempfindlich zu machen. Mit dieser Methode können Agrarkonzerne wie Bayer und Monsanto ihr wirtschaftliches Interesse verfolgen um das entsprechende Saatgut mit dem Herbizid im Paket zu vermarkten. Durch massiven Einsatz von Glyphosat z.B. in Lateinamerika bilden sich nicht mehr bekämpfbare Superunkräuter heraus, die die Biodiversität bedrohen. Außerdem hat ein Agrarkonzern kein Interesse an der Entwicklung von krankheitsresistenten Sorten, die dann keine Pflanzenschutzmaßnahmen wie z.B. Fungizide mehr benötigen. Wäre es daher sinnvoller, den ganzen Prozess der Pflanzenzüchtung mehr öffentlich zu fördern, oder sollte man dies eher weiterhin privatwirtschaftlich organisieren?

In diesem Zusammenhang wurde auch über Biopatente auf Züchtungen und deren sozio-ökonomischen Folgen, insbesondere auf die Monopolbildung bei Züchtungsunternehmen diskutiert. Es bestünde die Gefahr, dass viele allgemeine Merkmale (auch Teile von seit Jahrhunderten bestehenden Kulturpflanzen) patentiert werden – der Sortenschutz wird als Alternative genannt. Strikte Patente hätten bei Züchtungen das Risiko der Oligopolbildung und würden kleinere Akteure aus dem Markt drängen. Die Pflanzenzüchter in Europa sind bislang überwiegend traditionelle kleine und mittlere Unternehmen. Es wurde auch auf die hohen Kosten der Zulassungsverfahren nach EU-Gentechnik-Richtlinie hingewiesen, die etwa 20 Millionen Euro kosten würden. Patente gelten nur in dem Land, in dem sie angemeldet sind. Der eigentliche Züchtungsprozess kostet nur einen Bruchteil der Zulassungskosten. Wenn die Kosten so hoch sind, können sich nur große Konzerne diese Verfahren leisten und wollen sie anschließend durch die Forschungsausrichtung dann auch refinanzieren. Die Versprechen der klassischen Gentechnik seien nicht eingehalten worden und große Firmen hätten sich bisher nur auf Insektenresistenz und Herbizidtoleranz von Kulturpflanzen fokussiert.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein überwiegender Teil der Konsument\*innen in Deutschland heute keine Gentechnik wolle und Wahlfreiheit daher einen wichtigen Aspekt darstellen müsse. Wie kann sichergestellt werden, dass etwa Bio-Bauern kontrollieren können, was auf ihren Feldern wächst? Mit der Gentechnik erzeugte Sorten sind von zufälligen natürlichen Mutationen anderer Sorten im Nachhinein nicht zu unterscheiden. So kann z.B. bei Importware kein eindeutiger zweifelsfreier Nachweis erbracht werden, dass es sich tatsächlich nicht um gentechnisch veränderte Ware handelt.

Auf der anderen Seite wird aber auch angemerkt, dass auch der Biolandbau über die Chancen von neuer gentechnischer Verfahren diskutieren sollte, weil z.B. die Resistenzzüchtung bei der Kraut- und Knollenfäule der Kartoffeln in traditioneller Form sehr langwierig ist und bislang nicht die entscheidenden Fortschritte brachte.

Es wird auf eventuelle unbekannte Risiken der neuen gentechnischen Verfahren hingewiesen und darauf, dass die vermeintliche Präzision der Crispr-Methode nichts über deren Auswirkungen aussagen würde. Da noch keine Langzeitstudien vorliegen, wurde Skepsis geäußert ob des noch zu geringen Beobachtungszeitraums der neuen Verfahren. Die Biosicherheitsforschung konnte aber bisher keine negativen Einflüsse von GVO auf die Gesundheit feststellen – die Veränderungen und Risiken seien grundsätzlich vergleichbar mit den klassischen Züchtungsmethoden. So sind z.B. bei Zucchini Spontanmutationen mit Giftstoffen aufgetreten, und traditionell gezüchtete Kiwis hätten aufgrund ihres hohen allergenen Potentials keine Chance, als gentechnisch veränderte Pflanzen zum Verzehr zugelassen zu werden. Ist Züchtung sicherer bei der Kreuzung von 30.000 Genen oder der gezielten Veränderung eines einzigen Gens? Es wurden auch grundlegende Vorbehalte gegenüber Eingriffen in „die Natur“ geäußert, allerdings wurde im Laufe der Diskussion deutlich, dass jegliche Züchtung seit 10.000 Jahren durch unsere Vorfahren von Wildpflanzen zu Kultursorten wie z.B. Weizen immer einen Eingriff in die Natur darstellte.